

## "Frankreichs Angebot - eine politische Sensation" in Süddeutsche Zeitung (11. Mai 1950)

**Legende:** Am 11. Mai 1950 präsentiert die Süddeutsche Zeitung die Kommentare der führenden Politiker und Wirtschaftsvertreter in Deutschland zu dem französischen Vorhaben einer Kohle- und Stahlgemeinschaft in Westeuropa.

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten für Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner ; Goldschagg, Edmund ; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; Herausgeber Friedmann, Werner. 11.05.1950, Nr. 108; 6. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"frankreichs\\_angebot\\_eine\\_politische\\_sensation"\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_11\\_mai\\_1950-de-a5a53d7a-690c-4101-9dbe-b0374e4e2b50.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 15/09/2012

## Frankreichs Angebot – eine politische Sensation

### **Deutsche Stahlindustrie billigt Zusammenschluß mit französischer auf Grundlage der Gleichberechtigung / England war peinlich überrascht / Auswirkungen auf die Außenministerkonferenz**

(SZ) Als die größte politische Sensation seit Monaten wurde in fast allen Hauptstädten am Mittwoch die Erklärung Außenminister Schumans bezeichnet, seine Regierung schlage die Kontrolle der gesamten deutschen und französischen Eisen- und Kohlenproduktion durch eine gemeinsame deutsch-französische Verwaltungsbehörde vor. Schumans Plan wurde, wie wir schon in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe berichteten, von Bundeskanzler Adenauer als „großherziger Schritt Frankreichs und seines Außenministers“ bezeichnet. Adenauer verwies jedoch darauf, daß dieser Plan, der vor allem für England völlig überraschend kam, nicht vorher zwischen Bonn und Paris erörtert wurde ; auch die Empfehlung der Bundesregierung, der Bundestag solle dem Beitritt zum Europarat zustimmen, stehe nicht im Zusammenhang mit dem französischen Schritt.

hd. Düsseldorf (Eigener Bericht)

Die westdeutsche Stahlindustrie ist durch den überraschenden Vorschlag des französischen Außenministers, die Stahlwerke der Ruhr und Lothringens zu einer engen Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassen, äußerst beeindruckt. Man weist darauf hin, daß der Vorschlag des Ministerpräsidenten Arnold, die westeuropäische Schwerindustrie zum Zweck der erhöhten Leistung zusammenzufassen, nun offenbar auch von französischer Seite für vernünftig gehalten werde.

**Andererseits glaubt man im Ruhrgebiet, daß für die Verwirklichung des französischen Vorschlags zunächst die Gleichberechtigung der deutschen Stahlindustrie wiederhergestellt werden müsse, vor allem müßten die einseitigen und diffamierenden Bestimmungen des Ruhrstatuts korrigiert werden. Darüber hinaus sei eine Erhöhung der deutschen Stahlquote die wichtigste Voraussetzung, um den französischen Plan zu verwirklichen.**

Vertreter einiger großer Stahlwerke an der Ruhr sagten uns, daß sie liebend gern mit der französischen Schwerindustrie eng zusammenarbeiten würden. Es gebe zahlreiche Berührungspunkte, man dürfe jedoch keinesfalls vom Status quo ausgehen, d. h. auf der einen Seite die im Rahmen des Monnetplanes stark erweiterte Kapazität der französischen Stahlindustrie und auf der anderen Seite die durch Demontage und Produktionsbeschränkung erheblich geschwächte deutsche Stahlindustrie zum Ausgangspunkt des neuen Bündnisses nehmen. Frankreich könne sich durch Verwirklichung des Schumanplanes keinesfalls in Deutschland einen Absatzmarkt für seine überschüssige Stahlerzeugung sichern.

Auch die deutsche Stahlindustrie ist überwiegend für eine vernünftige Abrede, bzw. für ein internationales Stahlkartell. Mit besonderem Nachdruck unterstrich uns gegenüber ein bekannter Stahlindustrieller, daß die innerbetriebliche Rentabilitätsbasis der Stahl- und Walzwerke in den beiden Ländern zur Zeit noch sehr unterschiedlich sei. Man müsse durch gleiche Startbedingungen eine faire Konkurrenz und - was noch besser sei - eine aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit anstreben. Wenn der französische Plan von dieser Voraussetzung ausgehe, könne er mit voller Zustimmung der Ruhrstahlwerke rechnen. Man erwartet, daß in diesen Tagen maßgebliche Vertreter der westdeutschen Stahlindustrie auch offiziell zum französischen Vorschlag Stellung nehmen.

Bonn (SZ)

In den Kreisen des Bundestags wird die französische Initiative im allgemeinen begrüßt. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich von Brentano, trat für sofortige Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über die Verwirklichung des Schuman-Planes ein. Der deutsche Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, die geplante Zusammenfassung der Eisen- und Kohlenproduktion dürfe keine Entscheidung über die Besitzverhältnisse der westdeutschen Grundstoffindustrien vorwegnehmen.

## **Knappe Mehrheit für Schuman**

Paris (AP)

Mit 18 gegen 17 Stimmen fand Außenminister Robert Schumans Angebot eines Zusammenschlusses der französischen und deutschen Kohlen- und Stahlindustrie am Mittwoch die Zustimmung des außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung.

## **Belgischer Wirtschaftsminister begeistert**

Brüssel (UP)

Der belgische Wirtschaftsminister Jean Duvieusart erklärte zu Schumans Vorschlag einer Vereinigung der deutschen und französischen Schwerindustrie: „Ich bin von der Idee begeistert...“

## **London will Vorschläge prüfen**

Von unserem Korrespondenten Curt Geyer  
London, 10. Mai

Der Schumansche Vorschlag hat die gesamte Atmosphäre um die Londoner Konferenz verändert. Es ist weniger der sachliche Inhalt des Vorschlages als die sensationelle Art, in der er in die Debatte geworfen worden ist, welche in englischen Regierungskreisen Nervosität hervorruft. Die Möglichkeit eines neuen deutsch-französisch-belgisch-luxemburgischen Stahlkartells ist in der jüngsten Zeit mehrfach erörtert worden, so daß der Kern des Vorschlages an sich nicht überrascht. Überraschend hat die Methode gewirkt, mit der die französische Politik die Initiative an sich zu reißen versuchte, nachdem sie im Hinblick auf die Ruhr durch ihren Widerstand gegen das neue Gesetz 75 die Weiterentwicklung zunächst aufgehalten hatte.

Der Sprecher des Foreign Office sagte, die englische Regierung habe immer erklärt, daß sie in der Auslöschung der Fehde zwischen Frankreich und Deutschland eine Voraussetzung des Friedens erblicke. In diesem Lichte werde sie den Vorschlag prüfen, „mit allen seinen Ausstrahlungen und bis in seine fernsten Auswirkungen.“ Die peinliche Überraschung, welche dieser Vorschlag, der so blitzartig in die Konferenz-Atmosphäre gefallen ist, in London hervorgerufen hat, wird nicht verborgen. Das Blatt der Labourparty, der „Daily Herald“, erklärt, die französische Überraschungsmethode sei ziemlich schwierig zu verstehen. Amtliche Stellen bekräftigen, daß die Regierung erst gestern nachmittag durch die französische Botschaft unterrichtet worden ist.

Man erwartet eine ausführliche Begründung durch Außenminister Schuman auf der morgen beginnenden Konferenz der Außenminister. Die Versicherungen der amtlichen Stellen, daß der Vorschlag zunächst einmal genauestens geprüft werden müßte, daß nicht nur Sachverständige, sondern auch Interessenten gehört werden müßten, vor allem die britische Eisen- und Stahlföderation (der britische Stahltrust), lassen nicht erwarten, daß auf der Konferenz bereits eine Entscheidung fallen wird. Auf jeden Fall schiebt der Vorschlag den Gedanken einer Organisation Europas als einer dritten Kraft mit Energie wieder in den Vordergrund.

Man muß bezweifeln, ob die englische Öffentlichkeit für den Gedanken einer Beteiligung Englands an einer solchen Konstruktion zu haben sein wird. Die Entwicklung der allgemeinen Auffassung ist in der letzten Zeit eher in entgegengesetzter Richtung gegangen. In der Presse begrüßt allein der „News Chronicle“ den Vorschlag ohne jeden Vorbehalt.